



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 32. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/032/2017)

am Donnerstag, 12. Januar 2017,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Dirk Hilbert

Fraktion DIE LINKE.
Tilo Kießling

SPD-Fraktion
Dorothee Marth

FDP/FB-Fraktion
Barbara Lässig

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl
Heike Riedel
Carsten Schöne

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb
Angelika Fischer
Detlef Lenk
Claus Lippmann
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche
Georg Zimmermann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

stimmberechtigte Mitglieder

Jan Güldemann
Melanie Hörenz

beratende Mitglieder

Sabine Bibas
Sascha König-Apel
Sven Liebert
Jan Pratzka
Christoph Stolte
Hartmut Vorjohann

Stellvertretende Mitglieder

Harald Gilke
 Thomas Hildebrandt
 Claudia Joseit

Vertretung für Herrn Maik Augustin
 Vertretung für Herrn Gunther Reinsch
 Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Abwesend:**CDU-Fraktion**

Heike Ahnert
 Patrick Schreiber

Fraktion DIE LINKE.

Anja Stephan

stimmberechtigte Mitglieder

Anke Lietzmann

Fraktion Alternative für Deutschland

Maik Augustin

beratende Mitglieder

Ekaterina Kulakova
 Gunther Reinsch
 Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Verwaltung:

Frau Dreißig	Jugendamt
Frau Claus	Jugendamt
Herr Görden	Jugendamt
Herr Dr. Kühn	Jugendamt
Frau Lemm	GB 2
Herr Tostmann	15.1

Gäste:

Herr Wehrstedt	WBS-Schulen
Frau Bata	WBS-Schulen
Frau Voigt	WBS-Schulen
Frau Schicht	WBS-Schulen
Frau Lorenz	WBS-Schulen
Frau Sarriek	WBS-Schulen
Frau Kirchner	WBS-Schulen
Frau Tworuschka	WBS-Schulen
Frau Eisenberger	WBS-Schulen
Frau Winkler	WBS-Schulen

Frau Salbach	WBS-Schulen
Frau Kundat	WBS-Schulen
Herr Flotow	WBS-Schulen
Frau Schneider	WBS-Schulen
Frau Hetmanich	FH-Dresden
Herr Zumppe	FH-Dresden
Frau Behnke	FH-Dresden
Frau Dörfel	FH-Dresden
Frau Bürgel	FH-Dresden
Frau Unüg	FH-Dresden
Frau Hinsdorf	FH-Dresden
Herr Fischer	FH-Dresden
Herr Richter	FH-Dresden
Herr Jürgens	FH-Dresden
Frau Milk	FH-Dresden
Frau Sagner	FH-Dresden
Frau Hunger	FH-Dresden
Frau Paulack	FH-Dresden
Frau Wedler	FH-Dresden
Frau Heinig	FH-Dresden
Herr Henneßer	FH-Dresden
Herr Mohs	FH-Dresden
Frau Schmidt	TU Dresden
<u>Schriftführerin:</u> Frau Weber	SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 10. November 2016
- 2 Vorstellung des Konzeptes "Jugendberatungcenter"
- 3 Berichterstattung zur Befragung unbegleitete ausländische Minderjährige in Dresden
- 4 Informationen/Fragestunde
- 5 Handlungsempfehlungen zum Modellprojekt „Eine Kita für Alle - Inklusion in Kindertagesstätten" in Dresden **A0272/16
beschließend**
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen

Nicht öffentlich**7 Informationen****öffentlich****Einleitung:**

Herr Oberbürgermeister Hilbert begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 32. Sitzung. Die Ladung ist frist- und formgerecht erfolgt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Er begrüßt Herrn Bürgermeister Vorjohann, der künftig anstelle von Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen werde.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses widersprechen einer Sitzungsteilnahme von Herrn Bürgermeister Vorjohann nicht.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 10. November 2016

Zur Niederschrift gibt es keinerlei Anmerkungen, sodass diese mehrheitlich bestätigt wird.

2 Vorstellung des Konzeptes "Jugendberatungscenter"

Herr Görden stellt das Konzept „Jugendberatungscenter“ vor (Anlage 1).

Herr Schöne fragt nach der Anzahl der Fachkräfte, die aus dem Bereich der Jugendhilfe in das Jugendberatungscenter wechseln. Des Weiteren möchte er wissen, wie das Leistungsangebot des Jugendinfoservice künftig aussehen werde und ob z. B. Veränderungen im Konzept und im strukturellen organisatorischen Bereich geplant seien.

Herr Görden antwortet, die bestehenden Bereiche und Aufgaben werden künftig vom Jugendberatungscenter erledigt. Sechs Fachkräfte würden in das Jugendberatungscenter wechseln. Eine Stelle sei noch unbesetzt. Ein Abschmelzen der Aufgaben des Jugendinfoservice sei nicht zu erwarten, sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sollen sich mittelfristig die Kompetenzen erwerben, auch aussagekräftig zum Jugendinfoservice zu sein.

Das Konzept sei positiv für die Berufsorientierung von jungen Menschen, meint **Frau Dahl**. Bedenklich finde sie, dass der Jugendinfoservice zum Vorzimmer für andere Beratungsangebote

degradiert werde. Der Jugendinfoservice sei eine wichtige Institution für junge Menschen, Fachkräfte usw.

Herr Görden erläutert, der Jugendinfoservice solle erst einmal anfangen zu arbeiten, die Fachkräfte hätten das Konzept besprochen.

Herr Wünsche bemerkt, es sei bewusst gesagt worden, dass der Jugendinfoservice erst einmal relativ klein starten solle. Der Empfang soll Unterstützung von der Agentur für Arbeit erhalten. Bei der täglichen Arbeit werde sich herausstellen, wo noch nachgebessert werden müsse. Ziel sei, für die Jugendlichen ein optimales Angebot bereit zu stellen.

Herr Pratzka freut sich über die niedrigschwellige Anlaufstelle für die Jugendlichen.

Frau Marth interessiert, in welcher Form der Jugendhilfeausschuss beteiligt werde, bzw. die Ergebnisse der Evaluation mitgeteilt bekomme.

Die Ergebnisse werden per Post oder Mail zugestellt und auch in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses könne dazu informiert werden, gibt **Herr Görden** bekannt.

Herr Schöne äußert seine Besorgnis, dass durch die Übernahme der neuen Aufgaben, Abstriche bei den derzeitigen vorhandenen Aufgaben erfolgen. Es wäre wünschenswert, wenn der Jugendhilfeausschuss sich mit dem Konzept der beiden jugendhilflichen Teile noch einmal befassen könnte. Die Einbeziehung des Jugendinfoservice dürfe nicht zu Lasten von anderen Aufgaben gehen.

Herr Stadtrat Kießling meint, die Frage sei, wie hoch seien bisher die Arbeitsteile (Arbeitszeit, Stellen) des Jugendinfoservice bis 31.12.2016 gewesen. Er möchte wissen, ob der Jugendhilfeausschuss noch Einfluss auf die Vorlage nehmen könne. Er bittet um die Beantwortung seiner Fragen und die von Herrn Schöne.

Herr Görden meint, dies müsse er prüfen lassen. Er denke aber, es handle sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. In den Stellenbeschreibungen seien keine Aufgaben gestrichen worden.

Frau Stadträtin Siebeneicher denkt, dass viel Potenzial im Jugendinfocenter stecke. Sie interessiere, ob es schon konkrete Ergebnisse gebe zur Finanzierung der neuen Angebote (Berufsorientierung) für unbegleitete ausländische Minderjährige (folgend: uaM).

Herr Lippmann erläutert, die Ressourcen für die Finanzierung von Berufsorientierung seien noch vorhanden, die Angebote sollten nicht extensiv ausgeweitet werden. Es bestehe die Chance, mit dem Jobcenter gemeinsam Projekte zu integrieren, er denke nicht, dass dazu mehr finanzielle Mittel benötigt werden. Der genaue Bedarf an Projekten müsse sich noch zeigen.

Herr Wünsche verweist auf die Seite 9 des Konzeptes Jugendberatungscenter. Bei der engen Zusammenarbeit von Jugendamt, Jobcenter und Agentur für Arbeit könnten sinnvolle Maßnahmen erarbeitet werden.

Frau Stadträtin Siebeneicher verweist darauf, dass im Konzept stehe, dass neue Finanzierungskonzepte zu entwickeln seien.

Herr Schöne meint, die neuen Finanzierungskonzepte nehmen Bezug auf den § 16 h SGB II. Dort gehe es um zielgerichtete Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von Schule und Beruf, insbesondere benachteiligte junge Menschen. Da dieser Paragraph relativ neu sei, gebe es z. B. noch keine Kommentierung dazu, wie die Struktur und die Finanzierung der Maßnahmen erfolgen sollen. Im Konzept stehe, dass ein Konzept zur Umsetzung der Maßnahmen des § 16 h SGB II erarbeitet werden soll, hierbei wünsche er sich die frühzeitige Beteiligung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Pratzka führt aus, § 16 h SGB II soll genutzt werden, um die jungen Menschen an die Angebote der Stadt heranzuführen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** beendet den Tagesordnungspunkt.

3 Berichterstattung zur Befragung unbegleitete ausländische Minderjährige in Dresden

Herr Lippmann berichtet, in Sachsen seien aktuell 79,8 Prozent uaM (Unterbringungsquote 100 Prozent) untergebracht. In absoluten Zahlen bedeute dies, dass gestern in Sachsen 2548 uaM anwesend gewesen seien. Die Soll-Zahl belaufe sich auf 3192, dies bedeute eine Differenz von 644. Es bestehe die Absicht der Länder, die Zahl der uaM in Sachsen auf 100 Prozent zu bringen. Innerhalb der Gebietskörperschaften werde die Verteilung gleichmäßig nach Schlüssel vorgenommen. Dresden hätte 13,6 Prozent uaM laut Landesschlüssel zugeteilt bekommen, dies bedeute in absoluten Zahlen 337 uaM, derzeit befänden sich aber 347 uaM in Dresden. Die Zahl schwanke von Woche zu Woche.

Das Anliegen der Umfrage sei gewesen, die aktuellen Bedürfnisse der uaM festzustellen.

Herr Dr. Kühn führt in das Thema ein (Anlage 2).

Herr Güldemann möchte wissen, was jetzt weiter passieren werde bzw. wofür die Ergebnisse verwendet werden.

Herr Dr. Kühn meint, die Ideen würden auf verschiedene Plattform eingebracht und diskutiert.

Herr Schöne bedankt sich bei der Verwaltung für den Aufwand. Er wünsche sich, dass solche Befragungen fortgesetzt und veröffentlicht werden.

Frau Marth führt aus, die Umfrage hätte das Jugendamt gleich nutzen können, um die Bedarfe, z. B. für das Jugendberatungscenter, zu ermitteln.

Frau Lässig konstatiert, dass die uaM auch Verrichtungen des täglichen Lebens erlernen müssten. Sie möchte wissen, ob die uaM in den Einrichtungen, z. B. bei der Essenzubereitung, mit einbezogen werden.

Herr Degenkolb bemerkt, der Anschluss der uaM an das deutsche Bildungssystem sei eine große Herausforderung. Er sei gespannt, ob das Jugendberatungscenter dort anknüpfen könne. Auch ein Thema sei, wo die über 18-jährigen wohnen, die jungen Menschen bräuchten eine Rückzugsmöglichkeit, gerade wenn diese z. B. eine Ausbildung machen würden.

Herr Pratzka führt aus, dass Jobcenter hätte festgestellt, dass bei 75 Prozent der uaM keine ausreichenden Sprachkenntnisse vorhanden seien. Deshalb würden gezielt Jugendintegrationskurse angeboten. Jeder soll seinem Leistungsniveau entsprechend eine Ausbildung bzw. eine Arbeit ausüben können.

Frau Stadträtin Siebeneicher hebt hervor, vor über einem Jahr hätte der Jugendhilfeausschuss beschlossen, dass ein Konzept zum Thema Vormundschaften erarbeitet werden soll. Sie erwarte, dass das Konzept jetzt endlich vorgelegt werde. Es solle überlegt werden, wie die mangelnde Privatsphäre in den Inobhutnahme Einrichtungen verbessert werden könne. Die geringe Anzahl der Gast- und Pflegefamilien sollten im Unterausschuss diskutiert werden. Die Jugendfreizeitangebote sollten noch einmal geprüft werden bzw. neue Angebote geschaffen werden.

Herrn Stadtrat Kießling interessiert, am meisten an der Umfrage, der Wunsch der uaM, einen positive Asylbescheid zu erhalten bzw. dass diese in Deutschland bleiben dürfen. Er möchte wissen, ob es schon Erfahrungen gebe, wie die Bleibeperspektive der uaM aussehe.

Herr Lippmann erläutert, den totalen Überblick, wie die Verbleiberegulungen der Jugendlichen (uaM) nach Volljährigkeit aussehen hätte das Jugendamt nicht. Dazu komme noch, dass sich regelmäßig die gesetzlichen Grundlagen ändern. Ab 2017 hätte man mehr Möglichkeiten, die Struktur bzw. den Strukturaufbau der Freizeitangebote auszuweiten. Das Thema Pflege- und Gastfamilien werde weiterhin bearbeitet, die Familien müssten vorbereitet werden. Derzeit sei eine gewisse Stagnation eingetreten. Die vorliegenden Erfahrungen seien nicht durchweg positiv. Die Unterbringung der uaM in Gastfamilien werde bevorzugt. Die Vorlagen zu den Fachleistungsstunden, dem Konzept der Vormundschaft und der 11. Beratungsstelle befänden sich noch im Verwaltungsgang. Unabhängig davon sei das Jugendamt dabei, bei den Vormundschaften das Ehrenamt mit einzubeziehen. Eine ehrenamtliche Vormundschaft sei grundsätzlich die beste Lösung für junge Menschen.

Die Bedürfnisse der uaM seien sehr vielfältig und meistens sei eine individuelle Lösung notwendig. Die uaM würden in den täglichen Arbeiten der Einrichtungen mit eingebunden. Die Landeshauptstadt Dresden werde auch 2017 die 100 Prozent Erstattung vom Freistaat einfordern. Überwiegend würden Fachkräfte rund um die Uhr mit den uaM arbeiten.

Herr Wünsche erklärt, das Jugendberatungscenter hätte die Möglichkeit, aus drei Institutionen (Jobcenter, Agentur für Arbeit und Jugendamt) Hilfe anzubieten. Diese Hilfe werde sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für alle anderen Menschen angeboten. Es werde Hilfe angeboten, die die besonderen Schwächen ausgleiche. Er geht kurz auf die Möglichkeit der Ausbildung ein. Die eigentliche Aufgabe der Gesellschaft sei, die jungen Menschen über einen längeren Zeitraum (Schulabschluss, Ausbildung usw.) bei der Stange zu halten.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** beendet den Tagesordnungspunkt.

4 Informationen/Fragestunde

Frau Bibas berichtet, der EB Kita hätte eine große Anzahl von Stellen ausgeschrieben. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber sei im Laufe der Jahre zurückgegangen. Derzeit sei es so, dass bei der unterjährigen Ausschreibung keine Bewerbungen eingegangen seien. Daher sei die laufende Ausschreibung auf Assistenzkräfte (befristete Stellen) für den Krippenbereich erweitert worden. Innerhalb der Befristung würden die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprüft und die Möglichkeit der berufsbegleitenden Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher angeboten. Die Stadtverwaltung werde an das Kultusministerium schreiben und auf den Sachverhalt hinweisen. Demnächst finde zu dem Thema eine AG mit den freien Trägern statt, die Bedarfslage der freien Träger soll abgefragt werden.

Die Information Nr. 1/2017 vom Jugendamt sei heute ausgereicht worden, informiert **Herr Lippmann**.

Frau Hörenz bringt den Antrag A0285/17 ein, die Konzeption kann auch online eingesehen werden.

Frau Lässig führt aus, sie hätte vom Jugendbauernhof Nickern eine E-Mail erhalten, Inhalt seien die geplanten Investitionen und deren Finanzierung. Sie möchte wissen, wie die Stadtverwaltung den Sachverhalt bewerte.

Frau Marth möchte wissen, wie viele Assistenzkräfte eingestellt werden sollen. Vor über einem Jahr sei im Jugendhilfeausschuss von der Stadtverwaltung noch gesagt worden, dass keine Assistenzkräfte eingestellt werden sollen.

Frau Bibas erklärt, sie hätte klar gesagt, dass aus fachlicher Sicht das höchst mögliche Niveau gehalten werden soll und nicht aus fiskalischer Sicht Assistenzkräfte eingesetzt werden. Die Assistenzkräfte würden nicht eingestellt, um Kosten zu sparen, sondern es musste zur Kenntnis genommen werden, dass sich die Bewerberlage geändert hätte. Es seien 100 Stellen ausgeschrieben worden, der EB Kita stelle pro Jahr, aufgrund der Fluktuation usw. ca. 200 bis 300 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

Herr Stadtrat Kießling interessiert der Sachstand zur Umsetzung des Begleitbeschlusses zum Haushalt. Bei der beschlossenen Satzung des Jugendamtes möchte er wissen, wer die Amtsleiterstelle des Amtes für Kindertagesbetreuung übernommen hätte.

Herr Oberbürgermeister Hilbert erläutert, zur Stellenbesetzung (Begleitbeschluss) werde gerade ein Vorschlag erarbeitet, der ihm dann vorgelegt werde. Die erforderliche Stellenbesetzung der Amtsleitung für das Amt für Kindertagesbetreuung sei erst einmal in Personalunion durch Herrn Lippmann und Frau Bibas besetzt.

Frau Bibas fügt hinzu, bei der Beschwerdestelle und dem Einsatz der 25 Erzieherinnen und Erzieher müssten noch verschiedene Kriterien der Verteilung und die Abklärung rechtlicher Sachverhalte geklärt werden. Das Treffen der AGs (Beschwerdestelle und der Einsatz 25 Erzieherinnen und Erzieher) soll in den kommenden Wochen erfolgen. Das Ergebnis werde im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Frau Riedel fragt, ob die Stellenbesetzung der Sozialassistenten im Rahmen des Personalschlüssels erfolge. Des Weiteren interessiert sie, ob das Landesjugendamt dazu eine Stellungnahme abgegeben hätte. Sie fragt, ob beim EB Kita auch fachfremde Personen die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin und Erzieher machen könnten.

Frau Bibas führt aus, das Landesjugendamt hätte keine Stellungnahme abgegeben, da mit der Veränderung des Betreuungsschlüssels im Krippenbereich dieser auch dann eingehalten sei, wenn ein Drittel der eingesetzten Fachkräfte Assistenzkräfte seien. Aufgrund der schlechten Bewerberlage müsse jetzt so reagiert werden. Im Rahmen der Prioritätensetzung könnten in den Kitas pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden, diese erhalten einen befristeten Arbeitsvertrag (zwei Jahre) und seien fachfremde Personen. Für diesen Personenkreis finde jährlich ein Auswahlverfahren statt, wo 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit angeboten werde, die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin und Erzieher zu absolvieren.

Frau Stadträtin Siebeneicher möchte wissen, ob die Finanzierung des Waldspielplatzes jetzt geklärt sei.

Herr Lippmann erklärt, die Absicherung der Finanzierung des Waldspielplatzes sei noch unklar. Die Verwaltung hätte nachgefragt, ob bei den Ortsamtsbereichen noch Ressourcen dafür vorhanden seien. Es soll mit dem Träger ein Gespräch erfolgen. Des Weiteren denke die Verwaltung über Konzepte nach, wie eine Beibehaltung des Waldspielplatzes erfolgen könne. Im Februar 2017 soll im UA Förderung über den Erhalt des Waldspielplatzes diskutiert bzw. ein Konzept vorgestellt werden.

Herr Schöne mahnt die Vorlage zu den Fachleistungsstunden an, diese sollte laut Beschluss bis September 2016 den entsprechenden Gremien vorgelegt werden. Die Vorlage werde dringend gebraucht. Ebenso erinnere er daran, dass die Vorlage zu den Vormundschaften dringend in die Gremien eingebracht werden soll. Die Beantwortung zu den obdachlosen jungen Menschen halte er für oberflächlich. Es gebe nur begrenzte Kapazitäten in der Stadt, auch die Situation in den Unterkünften sei nicht besonders gut. Mit dem Thema wohnungslose junge Menschen sollte man sich auseinandersetzen.

Es folgen keine weiteren Anmerkungen. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** beendet den Tagesordnungspunkt.

5 Handlungsempfehlungen zum Modellprojekt „Eine Kita für Alle - Inklusion in Kindertagesstätten“ in Dresden

**A0272/16
beschließend**

Herr Schöne bringt die Beschlussempfehlung des UA Kita ein.

Herr Stadtrat Gilke fragt nach den Ergebnissen des Modelprojektes.

Frau Bibas erklärt, es sei zum Fachtag eingeladen worden, dort seien die Ergebnisse umfangreich vorgestellt worden. Hintergrund sei gewesen, wie die Strukturen einer rein heilpädagogischen Einrichtung (Rietschelstraße 13) aufgebrochen werden können. Die Rietschelstraße 15

und 17 seien normale Regelkitas gewesen, die dann um das Integrationsangebot erweitert worden seien. Im Laufe des Modellprojektes hätte eine Durchmischung der Kinder in sämtlichen Häusern stattgefunden. Hintergrund sei z. B., was an der Konzeption geändert werden müsse und wie Elternarbeit stattfindet. Die gesammelten Erfahrungen sollen an fünf Pilotprojekte weitergetragen werden. Dies sei aber nur einer von vielen kleinen Schritten.

Frau Marth erläutert, sie hätte am Fachtag teilgenommen und sei sehr beeindruckt gewesen von den präsentierten Ergebnissen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

1. Das Amt für Kindertagesbetreuung wird beauftragt, Handlungsempfehlungen zur Übertragung der Modellprojektergebnisse auf die Dresdner Kindertagesbetreuung gemäß der Zielstellungen des Aktionsplans der Landeshauptstadt Dresden zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verstetigung und den Transfer der Modellprojektergebnisse am Modelstandort Rietschelstraße 13/15/17 und entwickelt diese Kindertageseinrichtung zur Konsultations-Kita ab dem 1. Januar 2017.
3. Zur Beratung und Begleitung des Entwicklungsprozesses wird eine Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Ämter und Beauftragten sowie der Fach-AG Kindertagesbetreuung gebildet.
4. Im Jugendhilfeausschuss und im Beirat für Menschen mit Behinderungen wird regelmäßig über die Ergebnisse des Prozesses informiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1

6 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr Stadtrat Kießling verkündet, der UA Planung beschäftige sich in den kommenden Sitzungen mit der Zusammenfassung der Verwaltung, der Bewertung über die Ergebnisse der Planungskonferenz. Bis April 2017 soll das Thema intensiv diskutiert werden. Der UA wolle eine Stellungnahme erstellen, die dann bestenfalls im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden soll.

Frau Riedel informiert, der UA HzE hätte sich intensiv mit dem Steuerungsrahmen im ASD befasst. Einige Fragen seien noch offen, u. a. wer am Konzept beteiligt werden soll. In der übernächsten Sitzung soll das Thema noch einmal diskutiert werden. Die Terminplanung (Anlage 3) für den UA Planung und HzE soll der Niederschrift beigefügt werden.

Herr Schöne gibt bekannt, im UA Kita sei der Antrag A0272/16 behandelt worden. Des Weiteren berichtet die Verwaltung, dass das Ausschreibungsverfahren der Kita Malter Straße beendet sei. Es hätte 22 Bewerber geben, das übliche Auswahlverfahren werde angewendet. Nächste Woche trifft sich die AG zur Umsetzung des E-Kitasystems.

Frau Dahl berichtet, am 12. Dezember 2016 hätte der UA Förderung über die Förderung der freien Träger für 2017/2018 diskutiert. Bis Ende Januar 2017 befinde sich die Vorlage (Förderung der freien Träger 2017/2018) im Verwaltungsumlauf. Am 10. Februar 2017, 9:00 Uhr, werde der UA Förderung gemeinsam mit dem UA Planung die Vorlage behandeln. Eine weitere Behandlung im UA Förderung sei am 24. Februar, 9:00 Uhr, vorgesehen und falls notwendig könne die Vorlage auch noch ein weiteres Mal am 27. Februar 2017, 15:00 Uhr, diskutiert werden.

Weiterer Informationsbedarf gibt es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht, sodass die Jugendhilfeausschusssitzung geschlossen wird.



Dirk Hilbert
Vorsitzender



Monika Weber
Schriftführerin



Anett Dahl
Mitglied



Markus Degenkolb
Mitglied